

marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

März 2010

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#15

Haushalt und Demokratie

Seit er Oberbürgermeister und Stadtkämmerer ist, tritt Egon Vaupel mindestens einmal im Jahr mit stolz geschwellter Brust vor die Stadtverordnetenversammlung: er bringt den Haushalt ein und verweist darauf, dass Marburg ständig die Schulden abbauen kann.

Manchmal schob er auch noch einen Nachtragshaushalt hinterher: wenn er sich bei den Einnahmen der Gewerbesteuern wieder einmal arm gerechnet hatte, durfte er anschließend darauf hinweisen, dass die Lage in Wirklichkeit ja noch viel, viel besser sei.

Auch am 30. Oktober 2009 konnte der Kämmerer sein Glück wieder einmal kaum fassen: erneut brachte er einen üppigen Haushalt ein.

Danach begann die Koalitionskrise von Rotgrün. Am 30. November bestellte Vaupel die Fraktionsvorsitzenden ins Rathaus und bat sie, die Verabschiedung des Haushalts 2010, die für den 18. Dezember geplant war, auf Mitte Januar zu verschieben.

Er war auf eine Verlautbarung des Deutschen Städtetags vom 5. November gestoßen. Dort wurde auf die schlechte Lage der deutschen Kommunen hingewiesen: die Gewerbesteuererlöse brächen aufgrund der Wirtschaftskrise ein, und durch das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz werde die Zuteilung aus der Einkommen-



steuer an die Gemeinden dramatisch sinken. Die Zahlen, die er nannte, hielten Nachfragen nicht stand.

Im Dezember hatte die rotgrüne Koalition schon wieder einen Einfall: es sollte nicht ein Einzelhaushalt für 2010 verabschiedet werden, sondern ein Doppelhaushalt 2010/2011. Begründung: die Zeiten seien unsicher, man wisse nicht, wie sich die städtischen Finanzen weiterentwickeln.

Das ist nun allerdings sehr merkwürdig. Wenn sich die Datenlage innerhalb von Wochen immer wieder ändert, ist es unmöglich, auf längere Sicht, hier: auf zwei

Jahre zu planen.

Man kann sich nicht vorstellen, dass Herr Vaupel, der ein kluger Mann ist, seine eigenen Argumente glaubt. Wer hartnäckig nachstochert, findet eine Spur:

Es ist eher unwahrscheinlich, dass die rotgrüne Koalition bei den Kommunalwahlen am 27. März 2011 noch einmal die Mehrheit erhält. Falls die bisherigen Koalitionspartner nicht mehr gemeinsam regieren können, werden sie nach anderen Ufern streben, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auf getrennten Wegen Richtung CDU. Dann hätten wir in Marburg entweder eine Große Koalition oder

Schwarzgrün oder Jamaica. Offenbar gibt es bei SPD und Grünen Leute, die nicht wollen, dass ihr etwaiger Richtungswechsel Thema der Haushaltsdebatten im Dezember wird. Egon Vaupel hat es auf dem Neujahrsempfang der Stadt sogar ganz offen ausgesprochen: er wüsche nicht, dass der Etat für 2011 in den Wahlkampf hineingezogen werde.

Sehr demokratisch ist das nicht. Wahlkämpfe sind Zeiten erweiterter Demokratie und öffentlicher Aufmerksamkeit. Warum soll ein solch wichtiges Thema, wie es ein Haushalt nun einmal ist, dort tabu sein?

Stadtverordnetenversammlungen sind immer in der Gefahr, vom Magistrat untergebuttert zu werden. Ihr wichtigstes Recht ist die Verabschiedung einer Haushaltssatzung. Wenn ihre Mehrheit vor dem Kämmerer zu Kreuze kriecht und die jährliche Entscheidungsmöglichkeit zugunsten eines Zwei-Jahres-Etats verschiebt, muss sie sich auf energische Gegenwehr aller Oppositionsparteien gefasst machen.

Georg Fülberth

Falsche Freunde: Betreuungsgeld und Herdprämie

Ab dem Jahr 2013 wird es in Deutschland das Recht auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr geben.

In diesem Zusammenhang will die Regierungskoalition in Berlin allen Eltern, die ihr Kind nicht außerhalb betreuen lassen, ein monatliches „Betreuungsgeld“ von 150 € zukommen lassen. Ziemlich bald nach Bekanntwerden dieses Vorhabens hat das Betreuungsgeld von seinen Kritikern den Spitznamen „Herdprämie“ erhalten: Man bekommt ja das Geld nicht, weil man das Kind betreuen lässt, sondern weil man, besser gesagt Frau, am Herd bleibt, statt sich dem Arbeitsleben zuzuwenden. Soweit, so schlecht. Nun kommt

aber auch vom Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD) scharfe Kritik am Betreuungsgeld. Er unterstellt sozial schlecht gestellten deutschen Familien, sie würden dieses zusätzlich zur Grundversicherung erhaltene Geld, von dem noch nicht geklärt ist, ob sie es überhaupt behalten dürfen, einfach versaufen. Ausländischen sozial schlecht gestellten Familien unterstellt er, mit diesem Geld ihre anatolische Oma nach Neukölln zu holen, damit sie sich um die Kinder kümmert. Und die könne nicht mal deutsch. Selbstverständlich ist so ein Betreuungsgeld abzulehnen. Alle Eltern sollten ihre Kinder in (möglichst kommunale) Kindertagesstätten schicken. Dort

könnten die dann mit Kindern aller Schichten und Herkunftsländer zusammen die „schönste Zeit des Lebens“ verbringen.

Aber muss man, um diese „Herdprämie“ abzulehnen, um jeden Preis Menschen beleidigen, die ohnehin schon an den Rand gedrängt sind? Die genau deshalb keine oder keine vernünftige Arbeit haben, weil es einfach für sie keine gibt? Und die gerade deshalb – auch finanziell – außerhalb der Gesellschaft stehen?

Es versteht sich, dass die bürgerliche Bundesregierung dieses Betreuungsgeld einführt, weil sie ahnt, dass sehr viel mehr Eltern als geplant das Recht auf einen Kita-Platz für ihr Kind einlösen wollen. Immerhin ging man von 30% aus, nach neuen Umfragen

sind es aber 60% der Eltern, die ihre Kleinkinder in Kindertagesstätten betreut wissen wollen. Man erhofft sich wohl, einige mit Geld umstimmen zu können. Und für diejenigen, die ihr Kind ohnehin zu Hause lassen, sind 150€ ein schönes Geschenk.

Wenn es solchen Beton-Sozialdemokraten wie Heinz Buschkowsky tatsächlich um das Wohl der Kinder aus ausgegrenzten Milieus ginge, dann würde er sich meiner Forderung anschließen:

Jede verarmte Familie, die ihre Kinder in eine Kindertagesstätte schickt, soll mit 150€ Kindergarten-Prämie belohnt werden.

Christian Mark

ECHO VON LINKS

Nach dem Beben in Haiti: Die USA verkleiden die Besatzung als humanitäre Aktion. Lesen Sie auf

SEITE 2

VON DER HEIMATFRONT

Georg Fülberth erklärt das so genannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Was hat das mit Wachstum zu tun? Und was bedeutet das für die Kommunen? Lesen Sie auf

SEITE 3

SOLIDARITÄT

Keine Gewinne auf Kosten der Beschäftigten bei städtischen Unternehmen! Lesen Sie auf

SEITE 4

Im Übrigen...*

von P.G.

... geschah es zu Weihnachten und Neujahr: Während die Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Krieg in Afghanistan bislang abgelehnt hatte, waren die Kirchenoberhäupter bislang nicht gerade als Kritiker in Erscheinung getreten. Im Gegenteil: So hatte sich etwa die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Margot Käßmann, den Einsatz in Afghanistan bislang befürwortet. Eben jene machte sich nun auf, eine Brücke zu den einfachen Kirchenmitgliedern zu schlagen. „Nichts ist gut in Afghanistan“ ließ sie in ihre Predigten einfließen, die „gewalttätige Auseinandersetzung“ müsse beendet werden. Die bürgerliche Presse reagierte erschrocken auf diese moderate Kritik. Minister Guttenberg bat zum Gespräch, die Ratsvorsitzende leistete dem Folge. Der Grund für die Empfindlichkeiten lag in der Afghanistankonferenz, auf der über die Strategie für Afghanistan diskutiert werden sollte. Um derentwillen reagierte die Vertreterin der EKD Ende Januar auch taktvoller: Sie passte sich der Sprachregelung einer „neuen Strategie“ für Afghanistan an, sprach von einem „Vorrang des Zivilen“ gegenüber dem Militärischen. Gemeint waren wohl die beiden Säulen der „neuen Strategie“, ein Aussteigerprogramm für Taliban sowie die Stärkung der afghanischen Armee und Polizei. Tatsächlich beschloss die Konferenz damit keine neue Strategie, sondern eine weitere Eskalation des Krieges in Afghanistan.

Es stimmt Hoffnungsvoll, dass Frau Käßmann mit ihren Manövern keinen Stimmungsumschwung unter den Kirchenmitgliedern hervorrufen konnte.



*Im Übrigen bin ich der Meinung, daß dieser Staat zerstört werden muß.
(Rosa Luxemburg)

DKP

ECHO VON LINKS



Gastkommentar von Maxim Graubner (amerika21.de)

KIRCHTURMPOLITIK

Sie haben sich
wieder lieb

Der Vorsitzende der grünen Stadtverordnetenfraktion sagt, die Koalitionskrise sei vorbei.

Basis der neuen Übereinstimmung ist, dass alle Streitfragen auf die Zeit nach der nächsten Wahl auf Eis gelegt werden. Jetzt passiert also in Marburg dreizehn Monate gar nichts mehr, jedenfalls nichts Gutes.

Verliererin ist die SPD. Denn die Einigung erfolgt auf ihre Kosten. Franz Kahle kann seine Seilbahn, Solar- und Windkraftprojekte vor 2011 nicht weiterverfolgen. Das wird für ihn zum Wahlkampf-schlager. Er kann erzählen: ich bin der Mann, der Neues und Gutes will. Deshalb muss ich Oberbürgermeister werden.

Die SPD aber wird nicht darauf verweisen können, dass sie ja auch gute Ideen hatte: in der Sozialpolitik, für vorsichtigeres Bauen. Für diese Ideen hat sie – anders als Kahle – nie gekämpft. Sie hat sie aus Koalitionstreue so lange versteckt, bis sie ihnen von andern Fraktionen gestohlen wurden.

In einem ordentlichen Krach ist die Seite siegreich, die die anschließenden Friedensbedingungen diktieren kann. Es sind die Grünen. Arme SPD.

Georg Fülberth

AUSGEFRAGT

Im Gespräch mit
Michael Weber*

Michael Weber, Sie haben ja mit der Idee die Marburger Stadtautobahn aus dem Stadtbild verschwinden zu lassen für einiges Aufsehen gesorgt.

Sie zerstört das Stadtbild, verursacht vermeidbare, zumindest aber drastisch reduzierbare Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Abgase und Lärm und besetzt vor allem eine Fläche, die Marburg für wesentlich sinnvollere Zwecke verwenden könnte. Wir haben z.B. massives Wohnraumproblem. Marburg lebt von den Studierenden. Diese müssen angesichts der fehlenden oder massiv überbelegten Wohnmöglichkeiten oft ins Umland ziehen, was dann wiederum zu einer Zunahme an Autoverkehr führt, damit sie ihren Studienplatz erreichen können. Der Marburger ÖPNV ist mit viel zu wenig finanziellen Möglichkeiten ausgestattet, um den Umstieg auf das private Auto effektiv abzufangen. Schauen Sie sich einmal

Am Ende der Amtszeit von US-Präsident George W. Bush schien es, als hätten die Vereinigten Staaten ihren traditionellen Hinterhof Lateinamerika sich selbst überlassen - beziehungsweise den mehrheitlich linksorientierten Regierungen mit Unabhängigkeitsstreben. Doch mit dem Amtsantritt des Demokraten Barack Obama begann eine neue Ära: die Beziehungen sollten auf neue Füße gestellt werden, die USA wollten ihren Einfluss wieder ausbauen, der in den letzten Jahren stark zurückging. Doch dafür müssen sie sich gegenüber ihrem ideologischen Gegenpart behaupten: dem anti-imperialistischen ALBA-Bündnis um Venezuela und Kuba.

Nicht diplomatisch, aber militärisch-strategisch ist die einzige Weltmacht wieder in der Offensive. Nachdem Präsident Bush am Ende seiner Amtszeit noch die traditionsreiche Vierte Flotte wiederbelebte um die strategische Position im Süden der USA auszubauen, werden unter

Obama nun vermehrt wieder Militärstützpunkte in wohlgesinnten Staaten aufgebaut: mit Basen in Kolumbien, Panama und in der Karibik soll vor allem die US-kritische ALBA-Führungsmacht Venezuela in die Schranken gewiesen werden. Zuletzt hatte das ALBA Neumitglied Ecuador die US-Präsenz im Land beendet. Dann bebte am 12. Januar 2010 die Erde in Haiti. Der Karibikstaat wurde fast vollständig verwüstet, über 200.000 Opfer sind bisher geborgen. Das war die Gelegenheit für die US-Marine: schnurstracks schickte sie ihre Schiffe der Vierten Flotte, die sich zufällig in der Nähe

aufhielten, in das Krisengebiet und nutzte die tragische Situation als perfekten Vorwand für eine militärische Invasion des Inselstaates. Und diese lohnte sich: Haiti liegt in einer sehr günstigen strategischen Lage im Zentrum der Karibik.

Die Welt mobilisierte Hilfe für die Erdbebenopfer, während die Weltmacht ihre „Unterstützung“

auf die militärische Komponente konzentrierte. So konnte man lesen, dass Hilfsgüter aus dem weit entfernte China schneller vor Ort waren als aus den USA. Venezuela lieferte ebenfalls umgehend hunderte Tonnen Lebensmittel, Kuba schickte weitere hunderte Ärzte auf die Insel. Vorschläge zur Zusammenarbeit wurden von der US-Regierung ignoriert. Dabei hatten sich auch Persönlichkeiten in den USA für das Einfliegen von den hervorragend ausgebildeten kubanischen Ärzten durch die US-Airforce ausgesprochen.

Von Washington aus wurden stattdessen weitere tausende Soldaten – anstatt nach Afghanistan - nach Haiti beordert, ein Flugzeugträger vorgefahren und der Flughafen besetzt. Wenn hochrangige US-Abgesandte aus Propagandazwecken in Port-au-Prince landeten, wurde alles gesperrt und

sogar manche Hilfslieferung einfach abgewiesen – es gab ja schließlich gerade wichtigeres für

die USA. Die Infrastruktur konnte nur noch unter Washingtons Gnaden genutzt werden. Die UNO als Koordinator der Hilfsleistungen war ausgeschaltet. Die UNO war brüskiert, aber besonders auch Lateinamerika. Brasilien, das die UN-Mission auf der Insel leitete, wurde von Washingtons Maßnahmen überrascht und ausgestochen. Als der UN-Sicherheit die Aufstockung seiner Truppen vor Ort bekannt gab, erklärten die USA fast zeitgleich, ihre Militärpräsenz außerhalb der UN-Strukturen ebenfalls entsprechend auszuweiten. Damit Alles nicht nach einer verkleideten Besetzung aussieht, durfte Haitis machtloser Präsident René Préal auf den Flughafen kommen und umstellt von US-Marines lächelnd ein „Hilfsabkommen“ mit US-Außenministerin Clinton unterzeichnen. Es war wie eine Kapitulationserklärung eines zerstörten Landes.

Die Stadtautobahn soll weg.

Luftaufnahmen von Marburg an – z.B. mit Hilfe von GoogleEarth. Da wird Ihnen erst bewußt, was dieser Molloch für eine Platzverschwendung ist.

Wie wollen Sie die Stadtautobahn denn verschwinden lassen?

Ich möchte vor allem erst einmal, daß alternative Konzepte zur bestehenden Form der B3a entwickelt werden. Dazu hatte ich einen Antrag formuliert, der im Stadtparlament leider von der rot-grünen Mehrheit abgelehnt wurde. Dabei ging es lediglich um die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs, um bundesweit kreative Geister dazu zu bewegen, sich möglichst vielfältige Gedanken darüber zu machen, wie wir unser seit Jahrzehnten bestehendes Problem mit der B3a lösen könnten. Es ist mir unverständlich, weshalb gerade die Grünen, denen doch eine mitten durch die Innenstadt führende Hochautobahn auch ein Dorn im Auge sein müßte, gegen solch einen Wettbewerb sind.

Für mich persönlich wäre eine Untertunnelung oder eine Einhausung mit Teilüberbauung die Lösung der Wahl, weil eben dadurch der durch die B3a belegte Platz wieder nutzbar gemacht wird. Es kann auch eine Parkanlage sein, die z.B. das Lahnufer mit dem Schülerpark verbindet. Dann kann man auch im Sommer endlich mal wieder in Ruhe an den Lahnufern ausspannen, statt sich dem Radau vorbeirausender Blechkartons auszusetzen.

Geht das denn überhaupt?

Wenn Sie sich jetzt einseitig auf eine Untertunnelung festlegen wollten, dann würde man sagen, ja, das ist bautechnisch sehr wohl machbar. Es hat ja auch schon damals bei der Erbauung der Stadtautobahn ein Alternativkonzept gegeben, bei dem die B3a in der Tat in einem Tunnel verschwunden wäre. Leider wurde dieses zu unserem Leidwesen nicht umgesetzt. Heutzutage ist natürlich aufgrund der vielen Gefahrenpotentiale, die in den letzten Jahren für Tunnelanlagen gerade im Bereich der Alpen offensichtlich geworden sind, ein wesentlich erhöhter Anspruch an eine solche Baumaßnahme zu stellen. So müssen heute Fluchtwege geschaffen werden uvm., was natürlich zu deutlich höheren Kosten führt. Da hätte die Stadt Marburg vor 20 Jahren aktiv werden müssen. Aber auch hier sollte einmal bedacht werden, daß wir meiner Ansicht nach viel zu festgefahren sind in unseren Vorstellungen, wie solch eine Anlage aussehen kann. Wer z.B. verbietet uns eigentlich darüber nachzudenken, ob nicht beide Fahrbahnen komplett getrennt sein könnten? Eine davon z.B. im Bereich der Bahnstrecke, die andere anstelle der aktuellen Lage der B3a? Deshalb fordere ich mit Nachdruck den Ideenwettbewerb und bin auch dankbar dafür, wenn Leute mit anderer Sichtweise Probleme aufzeigen, an die wir selbst bislang nicht gedacht haben. Es geht doch darum, ein anständiges Konzept aufzustellen und nicht anderen seinen Willen aufzudrücken, so wie mir das manchmal das Bestreben unseres Bürgermeisters

zu sein scheint. Eines ist doch bekannt: Beton hat nur eine begrenzte Haltbarkeit, d.h. die Stadtautobahn kommt sowieso irgendwann weg. Da kann man das Problem auch gleich angehen statt es wie bislang zu vertagen.

Und kostet das denn nicht eine Menge Geld?

Das Regierungspräsidium Gießen hat in seinem Schreiben vom 12. November 2009 zum Lärmaktionsplan Hessen die für eine Untertunnelung der B3a anzusetzenden Baukosten pro Kilometer auf 20 Mio € beziffert. Dies widerspricht natürlich ganz eklatant den Angaben unseres Bürgermeisters, der letztes Jahr noch für die Untertunnelung des Bereichs Afföller bis Südspange 500 Mio € angab und inzwischen auf 900 Mio € aufstockte – vermutlich weil große Zahlen in seinen Augen abschreckende Wirkung auf selbstdenkende Bürger haben. Da wird er sich aber irren. Normale Autobahnkosten werden mit ca. 6 Mio € pro Baukilometer angegeben. Ich kann als Nichtexperte zu den tatsächlich zu erwartenden Baukosten keine sichere Zahl angeben – vor allem, weil wir erst einmal wissen müssen, was genau wir eigentlich bauen möchten - biete aber im Gegensatz zu unserem Bürgermeister wenigstens Quellenangaben für meine Behauptungen an, wie sich das für vernünftige Argumentationen gehört. Ich möchte auch nochmals betonen, daß wir uns bei dieser Kostendiskussion jetzt wieder auf einen Tunnelbau eingeschossen haben und andere

Möglichkeiten völlig außer Acht lassen.

Woher soll das Geld denn kommen?

Es gibt für Bauvorhaben, die der Abwendung von Gesundheitsschäden dienen Fonds aus denen man entsprechende Gelder beantragen kann. Und um eine solche Präventivmaßnahme würde es sich hier eindeutig handeln, denn Marburg ist ja bekannt dafür, daß seit Jahren die zulässigen Maximalgrenzwerte an Stickstoffdioxid um gut 30% überschritten werden.

Wie wurde Ihr Vorschlag bislang denn aufgenommen?

Ich denke, daß die Öffentlichkeit dieses Thema mit großem Interesse verfolgt. Das zeigt auch die rege Teilnahme so vieler Bürgerinnen und Bürger an der Agenda 21 Sitzung vom 14. Januar, wo wir das Thema aufgreifen und im Vergleich zur Situation in anderen Städten vorstellen konnten. Auch der ehemalige Marburger Baudirektor Brohl hatte dort ja vier Konzepten zum Umgang mit der B3a vorgestellt. Es ist ja nicht so, daß Marburg allein auf der Welt wäre mit einer innerstädtischen Hochautobahn. In mindestens 9 Städten gibt es ähnliche Probleme. Der Unterschied zu Marburg ist eigentlich nur der, daß die Problematik andersorts konstruktiv angegangen wird. Aber das wird sich ändern, da bin ich sicher. Das Thema ist einfach zu wichtig für Marburgs Stadtentwicklung und sollte übrigens die Bahnstrecke neben der B3a gleich mit einschließen.

Interview: Markus Wöhr

VON DER HEIMATFRONT

Besserverdienenden-Selbstbedienungs-Gesetz

Pünktlich zum 1. Januar 2010 ist das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ in Kraft getreten. Es sieht vor, dass in diesem und im nächsten Jahr die Steuerlast um jeweils 8,5 Milliarden Euro gesenkt werden soll. Dies wird vor allem den Reichen zugute kommen. Was hat das mit Wachstum zu tun?

Um es zu erklären, schlagen wir bei dem US-amerikanischen Ökonomen Arthur B. Laffer nach, einem Berater von Ronald Reagan. Dieser Professor hatte eine nach ihm benannte Kurve erfunden, also die Laffer-Kurve. Sie zeichnete mit mathematischem Scharfsinn nach, dass der Steuer-Ertrag umso höher ist, je geringer der Steuersatz wird. Wenn die Menschen und Unternehmen wenig Steuer zahlen, bleibt ihnen viel übrig. Das geben sie für Konsum und Investitionen aus, dadurch entsteht Wachstum – man sieht: Wachstumsbeschleunigungsgesetz – und diese Überschüsse sind dann so hoch, dass sie viele Steuern abwerfen, selbst wenn deren Sätze niedrig sind. Die besser situierten privaten Haushalte und die Unternehmen sollen also durch ihre steuerliche Entlastung das Wachstum bringen. Die Öffentlichen Haushalte werden zugleich geleert. Schon am 5. November hat der Deutsche Städtetag lamentiert: wird

die Einkommensteuer gesenkt, geht auch der Anteil, der aus diesen an die Kommunen gezahlt wird, zurück. Das macht 2010 satte 1,2 Milliarden Euro, und 2011 werden es dann 2,4 Milliarden sein. Einnahmen aus den Gewerbesteuern können dies nicht wettmachen. Hierzu der Städtetag: „2009 brechen von bisher 41 Milliarden Euro Gewerbesteuer brutto voraussichtlich 7,4 Milliarden weg – das sind rund 18 Prozent. Damit ist der Verlust noch einmal 1,4 Milliarden Euro höher als bei der Steuerschätzung im Mai vorhergesagt.“ Wenn marktradikale Rosskuren nach hinten losgehen, sprechen bürgerliche Ökonomen gern von „Durststrecken“, die erst einmal durchgestanden werden müssen. Sie geben zu, dass 2010 ein solches Tal der Tränen sein wird: die Arbeitslosigkeit steigt, auch die Dauerarbeitslosigkeit. Und wieder klagt der Städtetag: bereits 2009 kletterten die Sozialausgaben „erstmalig auf rund



40 Milliarden Euro – beinahe doppelt so viel wie kurz nach der Wiedervereinigung.“ Tendenz für 2010 steigend, bei gleichzeitig vergrößerter Ebbe in den Kassen. Warum wird hier so viel von den Kommunen hergemacht? Antwort: weil sich zeigt, wo die Krise und das Besserverdienenden-Selbstbedienungs-gesetz am schlimmsten hineinhalten: dort, wo soziale Leistungen und Infrastruktur vor Ort bereit ge-

stellt werden müssen. Der Bund ist da noch vergleichsweise fein raus. Anders steht es da schon mit den Ländern. Sie sind für Schulen und Hochschulen zuständig und haben dafür kein Geld. Deshalb haben sie sich auch stark gegen das neue Gesetz gestraut. Um es durch den Bundesrat zu bringen, wurden die Ministerpräsidenten herausgekauft. Sie bekommen extra Geld für die Bildung. Die hat davon allerdings keinen einzigen

Cent mehr. Denn: Die Milliarden, die der Bund überweist, werden in den Haushalten der Länder, wo sie sonst aus Eigenmitteln aufgebracht werden müssten, eingespart. Die Steuer-Geschenke werden durch Kredite finanziert. Das geht 2010 noch einmal, 2011 schon weniger, im Bund 2016 und in den Ländern 2020 gar nicht mehr. Die Ursache ist die Schuldenbremse, welche die Große Koalition 2009 ins Grundgesetz geschrieben hat. Um deren Ziel zu erreichen, müssen ab 2011 jährlich 10 Milliarden Euro eingespart werden. Der Staat soll möglichst wenig – sei es an Steuern, sei es über Schulden – einnehmen und auch ebenso wenig ausgeben. Die zweite Phase dieser Operation hat noch gar nicht begonnen. Sie kommt nach der Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen im Mai. Dann wird es erst richtig lustig werden.

Georg Fülberth

HOCH DIE... NIEDER MIT!

Gegenangriff der Arbeiterklasse!

Griechische Arbeiter leisten Widerstand gegen Regierungspolitik. Ein Interview mit Antonis Kalivas (25); Mitglied des Zentralrats der kommunistischen Jugend Griechenlands (KNE).

Antonis, die sozialdemokratische PASOK-Regierung hat eine neue Welle von Angriffen auf die sozialen Rechte der arbeitenden Menschen angekündigt. Welche Maßnahmen sind geplant?
PASOK will die gesamte Last der Krise auf die Schultern der Arbeiter laden und die Profite der Industriellen sichern. Die Maßnahmen, die du erwähnt hast, werden von der Regierung als einmalige Maßnahmen dargestellt, die nötig seien, um der Krise zu begegnen. Sie nehmen die Staatsschulden als Vorwand, um diese Maßnahmen zu rechtfertigen. Aber in Wirklichkeit geht es darum, die Lissabon-Strategie in Griechenland durchzusetzen. Alle diese Maßnahmen wurden bereits vor der Krise geplant. Zurzeit muss das Kapital die Akkumulation seiner Profite beschleunigen. Deshalb setzt die Regierung ihre Pläne schneller um. (...) Also sinken die Löhne, flexible Arbeitsbeziehungen werden zur Normalität. Außerdem wollen sie tiefe Einschnitte im Sozialsystem und Änderungen im Steuersystem, die besonders zu Lasten der Arbeiterklasse gehen. (...)

waren. Sie lügen. Die gesamte Politik gegen die Bevölkerung, die jetzt kommt, wurde bereits im Programm der Regierung beschrieben. (...) Die Behauptung, dass Griechenland dazu gezwungen ist, die Richtlinien der EU zu erfüllen, ist ein Mythos. Die griechische Kapitalistenklasse beteiligt sich ganz bewusst an den Plänen der EU und führt sie aus, und zwar weil das der Weg ist, der ihnen hilft, ihren Status zu erhöhen und wettbewerbsfähiger zu werden. (...) **Werdet ihr euch gegen den Sozialabbau zur Wehr setzen können?** Unter diesen Umständen verschärft sich der Klassenkampf. Die Losung der klassenorientierten Arbeiterbewegung ist: „Die Kapitalisten müssen die Krise bezahlen – Gegenangriff der Arbeiterklassen für die Befriedigung unserer Bedürfnisse!“ Unter dieser Losung hatte die kommunistisch geführte Gewerkschaftsbewegung, PAME, für den 17. Dezember zum Streik aufgerufen. Die opportunistische Gewerkschaftsführung hat den Streik nicht unterstützt – stattdessen hat sie, zum ersten Mal in der griechischen Geschichte, die Arbeiter dazu aufgerufen, nicht zu streiken. Trotzdem war der Streik ein großer Erfolg: In über 70 Städten gab es Demonstrationen. In Athen gingen mehr als 20.000 KollegInnen auf die

Straße, in Piräus über 5.000. Sie machten klar, dass die Arbeiterklasse nicht mehr bereit ist, der Linie des „sozialen Dialogs“ zu folgen. Im Februar werden wir wieder streiken, und dann werden hoffentlich noch mehr auf der Straße sein. Der Streik hat bewiesen: Gerade jetzt, in der Krise, ist es möglich, die Arbeiter gegen die Angriffe des Kapitals zu mobilisieren. Aber dazu müssen wir die opportunistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung überwinden und alle Illusionen in den „sozialen Dialog“ zerstören. (...) Heute führen die Krise und die Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus dazu, dass die Notwendigkeit der Sozialisierung der Produktion, der Produktion unter einem zentralen, landesweiten Plan, noch weiter herangereift ist. Das ist der einzige Weg, um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, so dass alle Arbeiter eine feste und dauerhafte Beschäftigung haben. Dann werden sie ein Leben mit umfassenden Rechten führen, es wird keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geben, unsere Bedürfnisse können befriedigt werden. Das ist das Wesentliche an der Alternative, für die KKE und KNE unter den Arbeitern und der Jugend wirbt: Der Weg des Sozialismus-Kommunismus. **Aus: POSITION - Magazin der SDAJ, #1/2010.**



UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von.....Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon _____ Alter _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH - Hoffnungstr. 1 - 45127 Essen
www.unsere-zeit.de

Wir schicken Ihnen das **Marburger Echo** gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.
Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070, Sparkasse Gießen (BLZ: 51350025), bitte Verwendungszweck angeben: **Marburger Echo**

Mitgliederversammlung der DKP
jeden ersten Dienstag im Monat, 20 Uhr,
Ort auf Anfrage.
Kontakt:
info@DKP-Marburg.de

Keine Gewinne auf Kosten der Beschäftigten bei städtischen Unternehmen!

Die Stadtwerke Marburg waren ein kommunales Unternehmen, welches sich zu 100% in städtischen Besitz befand. Mit der Zielvorgabe „Mehr Unternehmen“ kam es innerhalb der Stadtwerke Marburg zu einer grundlegenden Umstrukturierung, de facto zu einer Privatisierung in Form einer GmbH. Seither sind insgesamt drei Tochtergesellschaften unter dem Dach der Marburger Stadtwerke GmbH vereint: die Marburger Verkehrsgesellschaft mbH, die Stadtwerke Marburg Consult GmbH und die Stadtwerke Marburg GmbH, Bereich Verkehrsbetrieb.

Natürlich eröffnete sich nun die Türe, vor allem im Bereich der Beschäftigten die Löhne zu kürzen. Dieses Ziel verfolgt man bis heute konsequent, erst wurde die Firma MaBus GmbH übernommen. Alle Neueinstellungen wurden eben nun von dieser

Firma vorgenommen, allerdings wurden den neu eingestellten Beschäftigten nur noch zwei Drittel des Lohns bezahlt, als den bisherigen Beschäftigten.

Schließlich wurden die beiden Verkehrsbetriebe der Stadtwerke Marburg GmbH (Stadtwerke und MaBus) nach der In-house-Vergabe des Marburger Stadtverkehrs zur Marburger Verkehrsgesellschaft (MVG) zusammengeführt. Erneut konnten Einsparungen erfolgen, natürlich im Bereich der Personalkosten. Alte Verpflichtungen, wie beispielsweise 10 Jahre Beschäftigungsgarantie, sind somit erloschen und erneut fand und findet ein Lohndumping statt. Die Alternative kann nur lauten, die kommunalen Verantwortlichen aufzufordern ihrer Verpflichtung sorgsam nachzugehen und gerecht zu werden und deshalb hält die Deutsche Kommunisti-

sche Partei Marburg-Biedenkopf an ihren Forderungen fest:

- Rücknahme der Privatisierung der Stadtwerke: denn Wettbewerb und Gewinnmaximierung haben in der öffentlichen Daseinsversorgung nichts verloren!
- Zurück zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)!

- „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, kein Niedriglohnsektor in öffentlicher Hand!

Bei den zur Zeit laufenden Tarifaussinandersetzungen verweist Frank Bsirske, Vorsitzender der ver.di, immer wieder darauf, dass die Finanzsituation gerade der Kommunen, aber auch der anderen öffentlichen Gebietskörperschaften durch die ins Grundgesetz geschriebene „Schuldenbremse“ sich noch verschärfen wird. Er rechnet damit, dass die Arbeitgeber deshalb in den nächsten Jahren nicht nur Lohnpausen durchsetzen wer-

den wollen, sondern massive Lohnkürzungen anstreben könnten. Dass die Arbeitgeber beim Vergleich der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft schon nicht mehr die tariflichen Bedingungen zugrunde legen, sondern den Niedriglohnsektor mit einbeziehen, ist dafür ein Indiz.

Nach Ansicht des Wissenschaftlichen Direktor, Prof. Dr. Gustav A. Horn, des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, bedeutet Lohnzurückhaltung „Gift für die Wirtschaft“. Und Heiner Flassbeck, Chefökonom der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD): „Lohnverzicht kann die Beschäftigung in einem einzelnen Betrieb sichern – gesamtwirtschaftlich führt er tiefer in die Rezession“. Ähnliches war auch jüngst der

Frankfurter Rundschau zu entnehmen:

„Beginnen die Löhne zu fallen, ist die Deflation nicht fern. Deshalb sind Lohnerhöhungen das volkswirtschaftliche Gebot der Stunde – zumindest für jene Branchen, die es sich leisten können. Und da gehört der öff. Sektor dazu. Lohnerhöhungen im öff. Dienst sorgen auf jeden Fall für einen positiven Wachstumseffekt, soviel ist sicher... . Leisten kann sich das Deutschland allemal. Die Bonität der BRD ist an den Finanzmärkten noch über jeden Zweifel erhaben, die Schuldenquote im grünen Bereich.“
Wir erklären uns mit den Streikenden Kolleginnen und Kollegen solidarisch und unterstützen sie in ihrem Kampf und ihren Forderungen.

Tanja Bauder-Wöhr

IN MEMORIAM

Alfred Hrdlicka

„Panzerkommunist“, „Roter Nazi“, „Ultra-Stalinist“ – so und anders wurde Alfred Hrdlicka bezeichnet. Titulierungen, die für einen österreichischen Bildhauer, Zeichner, Maler, Grafiker und Schriftsteller sicherlich erst einmal überraschend und irritierend klingen mögen.

Zugegeben, besonders angepasst war er nie. Schon auf der Akademie der Bildenden Künste Wien legte er sich mit seinen Kommilitonen an: „Was macht ihr da für einen Blödsinn, habe ich gesagt, drei Ringeln und ein Quadrat, mir war noch nie so fad.“ Und auf die Frage eines Zeit-Redakteurs, ob es kein abstraktes Kunstwerk gebe, das

ihm gefalle, antwortet er offen: „Für mich sind das alles Blankoschecks, und dann kommen die Herren Theoretiker und füllen die Blankoschecks aus mit ihren ach so klugen Gedanken. Nein, so eine Kunst, in die man alles hineingeheimnissen kann, die gefällt mir nicht.“ „Bei dem Schwarzen Quadrat von Malewitsch kann der eine behaupten, es zeige den lieben Gott, der andere sagt, es sei eine hungernde Proletarierin. Mir wird bei so viel Beliebigkeit speiübel.“

Er selbst hielt es denn auch lieber mit der Steinbildhauerei als mit der Malerei: „Ist doch klar, wer Steine haut, für den ist die Kunst kein UIk. Der muss etwas

Peter Hacks im Ö-Ton

Schneezeit

Was soll Materie, wo Menschen hausen?

**Das Wasser fror zu Schmutz. Der Winter war,
Schon als ich jung war, mir ein rechtes Grausen.
Die Hochbahn klappert laut und sonderbar.**

**Die Fußballtreter miefen auf den Treppen,
Unten ums Eck weiß ich ein Biercafé.**

**Ein Kind läßt sich auf einem Schlitten schleppen.
Ein Moppel riecht erfreut am feuchten Schnee.**

Ein Wirt hat mir ein kaltes Bier gezapft.

**Vor einem Himmel, hell mit Rauch verhangen,
Stehn wie aus schwarzem Glas, weiß überfangen,
die kahlen Bäume. Trotzig blickend stapft
Der Proletarier mit vergrabnen Händen.
Die Gas-AG schreibt fette Dividenden.**

Peter Hacks, Werke Band 1, S. 292, Eulenspiegel Verlag



Gute Leute sind überall gut, auch im Marburger Echo. Peter Hacks (1928 – 2003), Begründer der Sozialistischen Klassik, war einer der meistaufgeführten deutschsprachigen Dramatiker des XX. Jahrhunderts.



wollen, der muss fanatisch sein, sonst hält er das gar nicht durch.“ Fanatisch war er tatsächlich. Stolz berichtet er: „Jeder Hammerschlag ist von mir“. Und auf die fast schon beleidigende Frage, warum dies ihm so wichtig sei, antwortet er aufbrausend: „Weil das meine Arbeit ist, mein Herr. Ich bin ein Arbeiter, denn Kunst ist Arbeit. So mit dem Stein zu kämpfen, das ist meine Leidenschaft, eine Art Kampfsport, verstehen S'.“ „Ich war unerbittlich, aber ich habe nun mal fast eine Wahnvorstellung von Arbeit. Schauen S', mein erstes Diplom

Antisemitismus gegen die er bewusst mit seinen Mitteln der Kunst politisch agitieren wollte. Doch auch parteipolitisch engagierte er sich. Beispielsweise trat er 1999 bei der Nationalratswahl in Österreich als Spitzenkandidat der Kommunistischen Partei Österreichs in Kärnten an. Auch betrachtet er sich selbst als „Pate der Linken“: „Ich habe den Oskar Lafontaine immer wieder angerufen und ihm gesagt, dass er das doch nicht machen kann, sich einfach aufs Altenteil zurückziehen. Und dann habe ich den Gysi angerufen und ihm gesagt, dass er sich unbedingt treffen muss mit dem Oskar. Ich habe sie verkuppelt.“

Alfred Hrdlicka starb am 5. Dezember letzten Jahres.

mw

IMPRESSUM

www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de

V.i.S.d.P.: Herwig Selzer, Am Kupfergraben 6, 35037 Marburg

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

Satz: compay
Auflage: 1000 Ex., Eigendruck
Erscheinen: vierteljährlich
nächste Ausgabe: Mai 2010
Redaktionsschluss: 15.04.10

DKP

www.dkp-marburg.de • www.dkp-hessen.de